

Auf Guttenberg's Abtritt muss die ganze Regierung folgen! **Rede zum politischen Aschermittwoch, 09.03.2011, Duisburg**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und Genossen,

Erst mal vielen Dank für die heutige Einladung nach Duisburg. Dies ist mein erster politischer Aschermittwoch als Redner, und deshalb möchte ich eines vorweg sagen: Die folgende Rede ist ein Original. Ich habe sie eigenständig verfasst. Und zwar nicht nur zu einem Drittel, sondern zu hundert Prozent. Sämtliche Fußnoten – so sie vorhanden wären, wären ordnungsgemäß gesetzt worden. Ähnlichkeiten zu Reden anderer Personen sind rein zufällig oder maximal Ideenreize und Vorwürfe eines Plagiats sind daher tatsächlich abstrus.

Anders eben als beim Lügenbaron zu Guttenberg. Der hat ja 70 Prozent seiner Doktorarbeit einfach mal abgeschrieben. Dafür musste er nun zum Glück abtreten. Darüber kann aus der Bundesregierung unser Mochtegern-Außenminister Westerwelle endlich strahlen. Ist ja auch Wunder: Wenn die Scheisse geht und nur die Mistfliege bleibt, stinkt's nicht mehr ganz so sehr im Kabinett.

Aber ansonsten ist der Abschied von Guttenberg ja reichlich tränenbehaftet für viele aus der Koalition. Man muss sich da nur die Rede von Seehofer heute anschauen. Da tut er das Plagiat von Guttenberg, dass sich unverschämterweise Doktorarbeit schimpft als bloßen Fehler ab, sieht durch den Rücktritt alles als entschuldigt an und wünscht sich die Rückkehr des CSU-Messias.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wenn eine Angestellte wie im Fall Emmely zwei Pfandbons im Gesamtwert von 1,30 Euro unterschlägt wird sie fristlos entlassen. Aber jemand, der seitenlang geistiges Eigentum klaut, sich dadurch einen Titel erschleicht, also betrügt, danach die Öffentlichkeit anlügt, und Vorwürfe als abstrus abtut beschwert sich dann noch, dass er unfair behandelt werde und erhält für so viel Unverschämtheit noch Beifall von der Koalition. Aber auch für Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg gilt: Die Zeit der Sonderrechte für den Adel ist vorbei! Und Tränen muss man für diesen Betrüger auch nicht vergießen!

Ich habe übrigens, nachdem endlich die ganze Wahrheit ans Licht gekommen ist, auch verstanden, was Guttenberg in seiner ersten Pressekonferenz nach Auftauchen der Vorwürfe meinte. Da sagte er ja: Die Arbeit sei, ich zitiere in „mühevollster Kleinarbeit“ entstanden. In der Tat, ist bestimmt gar nicht so einfach sich eine Doktorarbeit aus so vielen verschiedenen Texten zusammen zu kopieren. Vermutlich dachte er, dass er alleine dafür schon einen Dokortitel verdient. Die Internetgemeinschaft hat ihn dafür ja auch einen neuen Namen gegeben, Doktor Googleberg. Ich meine, dass ist das Wort des Jahres!

Was übrigens besonders eklig bei Guttenberg war, war die Komplizenschaft mit dem Schmierblatt BILD. Wenn die schrieben, feuere den Kapitän der Gorch Fock dann tat Guttenberg wie befohlen und stand der BILD gegenüber stramm. Eine Symbiose, die ein eigenes Kapitel in einem Biologie-Lehrbuch verdient wobei die BILD der Wirt und Guttenberg der Nährstoffsauger war.

Zusammengefasst ist Guttenberg ja ein ganz tolles Vorbild gewesen: Ein Minister, der lügt und betrügt, bei seinem Titel genauso wie bei der Kunduz-Affäre, der sich von einem Boulevardblatt seine politische Arbeit diktieren lässt. Dass sind Leute, die das Vertrauen in die Politik zerstören, die den Glauben der Menschen in die Demokratie zerstören.

Gutenberg war eine Gefahr für die Demokratie in diesem Land und deshalb ist es gut, dass er nun weg ist.

So nun aber genug von diesem ehrlosen Adligen. Es gibt nun wirklich deutlich wichtigeres auf der Welt. Zum Beispiel E 10. Dass ist ein wichtiges Thema. Allerdings nicht in der Art und Weise, wie es hier in Deutschland diskutiert wird wo sich alles um die Frage dreht: „Ohhh verträgt das mein schönes Auto?“ Die Frage müsste vielmehr lauten: „Wie viele Menschen müssen weltweit an Hunger sterben damit wir hier mit Biosprit durch die Gegend kurven und so tun können als ob wir besonders ökologisch seien?“

In immer mehr Ländern können Menschen nämlich ihr tägliches Brot nicht mehr backen. Schon 2008 kam es unter anderem in Mexiko aufgrund der hohen Maispreise zu großen Demonstrationen, der sogenannten Tortillakrise. Die Proteste in Tunesien, Ägypten, Algerien, Jemen könnten als Kartoffel- oder Brotrevolution in die Geschichte eingehen. Auch in Indien sind schon hunderttausende auf die Straße gegangen. Viele Entwicklungsländer produzieren zwar genügend Nahrung, aber es wird massenweise exportiert, um den Biosprithunger der Industrieländer zu bewältigen. Die Preise für Getreide, was ja auch für Biosprit verwendet wird, sind im Vergleich zum Vorjahr um 70 Prozent gestiegen! Von dem Getreide, das nötig ist, um den Tank eines 120-Liter Geländewagens mit Ethanol zu füllen könnte ein Mensch ein Jahr lang leben! Aber das interessiert die reichen Länder nicht, die handeln nach der Überlegung: „Früher haben wir euer Benzin zum Fahren verwendet, nun verfahren eure Lebensmittel.“ Angesichts dieser perversen Logik und angesichts einer Milliarde Hungernder weltweit ist es völlig neben der Spur über die Motorenverträglichkeit von E 10 zu reden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Aber wo ich gerade beim Benzin bin, bin ich schon da, wo derzeit die ganze Welt hinschaut: Auf den Umbruch in der arabischen Welt, der ölreichsten Region der Welt und damit natürlich besonders im Fokus des westlichen Interesses. Die Ecke der Welt also, wo gerade die Menschen mutig die vom Westen jahrzehntelang unterstützten Diktatoren davon jagen. Richtig: vom Westen unterstützt! Oder hört hier jemand Jubel und Freude in den ach-so sehr an Demokratie interessierten Ländern des Westens? Man hört nur die Sorge: „Was kommt danach?“

Ich hab da auch was Schönes mitgebracht. Hier auf dem ersten Bild *[Bild wird hochgehalten]* sieht man den französischen Präsidenten Sarkozy zusammen mit dem tunesischen Ex-Diktator Ben Ali Arm in Arm. Aber man muss gar nicht über den deutschen Tellerrand hinweg schauen. Hier ist ein schönes Bild *[Bild wird hochgehalten]*, auf dem Kanzlerin Merkel dem ägyptischen Ex Diktatoren Mubarak ein Küsschen gibt. Herzallerliebste, oder? Und zu guter Letzt: Der künftige Ex-Diktator Gaddafi *[Bild wird hochgehalten]* zusammen mit Außenminister Westerwelle. Das Foto ist übrigens vom November 2010. Also noch ganz frisch.

Also derselbe Westen, der sonst von Menschenrechten schwaffelt, dieselbe Bundesregierung die gerne über die westliche Wertegemeinschaft schwadroniert hat mit den folternden und mordenden Diktatoren gemeinsame Sache gemacht. Kein Wunder, dass die nun ins Schwitzen kommen. Denn so langsam wird's ja ernst für den Westen: Klar, Ben Ali in Tunesien, das der weg ist, dass ließ sich verschmerzen, der hatte kein Öl und das Land war außenpolitisch nicht so relevant. Aber Ägyptens Ex-Diktator Mubarak? Der war schon wichtiger. Das zeigt sich schon allein an den zwei Milliarden Dollar Militärhilfe, die die USA jährlich leisten, und an den Rüstungsgütern im Wert von 77,5 Millionen Euro, die Deutschland im letzten Jahr lieferte. Mubarak, der gute Freund des Westens, war vor allem deswegen so wichtig, weil er für Stabilität in einer Region sorgte die für die Energiebedürfnisse des Westens existentiell ist. Er garantierte außerdem dafür dass die Palästinenser aus dem Gaza-Streifen nicht rauskommen und Flüchtlinge, die aus

Subsahara-Afrika über Ägypten nach Israel wollten, aufgehalten, teilweise sogar erschossen wurden.

Beschämend, könnte man meinen. Aber der Westen arbeitete ja nicht nur eng mit diesen beiden Regimen zusammen. Auch mit Saudi-Arabien, Marokko, Algerien, Oman, Bahrain, Jemen und Jordanien gibt es engste Kooperationen, obwohl die Regierungschefs dieser Länder alle so viel von Menschenrechten halten wie Gutenberg von Ehrlichkeit hält. Der Westen tut zwar nun so, als ob er gelernt hätte und sich ändern will. Auch die Bundesregierung suggeriert dies. Die Wahrheit aber ist: Es wird sich nichts ändern an der Politik der Doppelmoral, also der Politik, Menschenrechte zu predigen und Unterdrückung zu unterstützen. So betont die Bundesregierung in der Antwort auf eine Anfrage von mir, was für ein wichtiger Partner Saudi-Arabien sei und das man die Zusammenarbeit ausbauen will. Kein Wort dazu, dass dort Peitschenhiebe eine übliche Strafe sind, und selbst öffentliches Handabhacken als Strafe praktiziert wird genau wie die Todesstrafe für Schwule und Lesben. Die Menschenrechte interessieren die Bundesregierung also einen Dreck. Hauptsache das Erdöl fließt! Der Westen hat eben kein Interesse an einer Demokratie, die den eigenen wirtschaftlichen Interessen Schaden könnte.

Und wenn wir heute nach Libyen schauen, dann wird schnell klar, wie wichtig ja auch Gaddafi für den Westen. Er sorgt dafür, dass einerseits das Öl pünktlich und zuverlässig nach Europa fließt und andererseits Flüchtlinge, die vor Hunger, Elend und Tod fliehen, nicht nach Europa kommen. Gaddafi sorgt in seinen Flüchtlingslagern unterstützt von der europäischen Grenzschutz- und Söldneragentur Frontex dafür, dass diese Menschen nicht vergessen, was Hunger, Elend und Tod bedeuten, dass ist die traurige Wahrheit. Und wenn Gaddafi nun Waffen gegen die eigene Bevölkerung einsetzt, dann sind das auch deutsche Waffen, die da mitmorden. Immerhin hat Deutschland für 52 Millionen Euro Waffen an ihm verkauft!

Der Westen muss endlich seine Doppelmoral beenden. Menschenrechte gelten überall auf der Welt. Man kann nicht glaubwürdig einerseits Diktatoren wie Ahamanischad oder auch Kim Jong il angreifen für ihre brutale Politik und andererseits bei Diktaturen wie in Saudi Arabien beide Augen zu machen. Es muss endlich Schluss mit der Zusammenarbeit mit Diktatoren sein.

Und konkret bleibt zweierlei zu hoffen: Erstens dass die Menschen es schaffen, Gaddafi und andere arabische Diktatoren davon zu jagen. Und zweitens, dass der Westen keine Militärintervention durchführt, denn auch das droht in Libyen zurzeit. Denn eine Flugverbotszone käme einem Krieg gleich! Die Menschen in Libyen haben schon selbst so viel erreicht, sie brauchen den Westen nicht um die Revolution zu vollenden.

Der Nahe Osten und Nordafrika braucht Demokratie, und zwar wirkliche Demokratie. Und dass Kopien schlecht sind, wissen wir ja nur zu gut aus der Debatte rund um den Ex-Kriegsminister. Es ist also zu hoffen, dass am Ende nicht das Demokratiebild des Westens 1:1 kopiert wird.

Oder findet ihr, dass wir hier in einer echten Demokratie leben? Was heißt Demokratie überhaupt? Als demokratisch bezeichnet man eine Gesellschaftsordnung in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen. In Deutschland sinken seit einigen Jahren Renten, Löhne und Sozialleistungen – Ist das im Interesse der Mehrheit? Ist das demokratisch? Steuern für Großkonzerne werden gesenkt und Bankenrettungspläne entworfen- ist das demokratisch? Deutschland führt Krieg in Afghanistan. 70 Prozent der Bevölkerung hier sagen seit Jahren in Umfragen konstant, dass Bundeswehr raus aus Afghanistan soll, und doch bleibt sie. Ist das demokratisch?

Das aktuell wirklich deutlichste Beispiel, dass wir ein demokratisches Defizit haben, ist der neue Hartz IV Deal. Da haben sich die Hartz-IV-Parteien in trauter Runde zusammengehockt, man kennt sich ja gut, und sich auf dem Rücken der Ärmsten in unserer Gesellschaft auf ein verfassungswidriges Gesetz geeinigt, welches Hartz IV Bezieherinnen und Bezieher verhöhnt. DIE LINKE hat man übrigens vorsichtshalber vor die Tür gesetzt, damit man in Ruhe klüngeln kann. Eine Verhöhnung der Menschen ist das alles schon allein deswegen, weil man da wochenlang über fünf oder acht Euro mehr gestritten hat während man zur Rettung der Banken damals innerhalb kürzester Zeit 480 Milliarden Euro zur Verfügung stellen konnte. Wenn es um die Rettung von Banken geht, dann sind die Hartz IV Parteien schnell zur Stelle. Geht es um die Würde der Menschen, dann sind sie an Verbesserungen völlig uninteressiert. Und das ist ein Skandal!

Der größte Witz an der ganzen Sache ist ja, dass die Hartz-IV Empfängerinnen und Empfänger selbst für die Mini- Erhöhung zahlen. Denn im Zuge des vom Bundestag beschlossenen Sparpakets werden 3,8 Mrd. Euro bei Hartz IV Bezieherinnen und Bezieher gekürzt. Das Elterngeld wurde gestrichen, die Rentenbeiträge wurden gestrichen und gravierende Kürzungen bei Weiterbildungsmaßnahmen vorgenommen. Ganz deutlich wird die Selbstfinanzierung durch Hartz IV Betroffene beim Bildungspaket: Dieses wurde um 400 Millionen Euro aufgestockt. Aber eben die gleiche Summe wurde beim Elterngeld gestrichen. SPD, CDU und FDP, das sind ja die, die sich da geeinigt haben, haben eben ihr ganz eigenes Robin Hood Modell und das geht so: Nehmet es den Armen, zweigt nen Teil für die Reichen ab und gebt es den Armen dann wieder in anderer Weise und preist das als soziale Wohltat. Viel unverschämter kann man eigentlich nicht sein! Ich garantiere euch: Wir werden als LINKE dafür sorgen, dass die Hartz IV Parteien wieder nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht gezerrt werden. Und es bleibt dabei: Wir brauchen einen Regelsatz von 500 Euro als erstem Schritt und wir brauchen aber vor allem eine repressionsfreie Mindestsicherung die Schluss macht mit dem menschenunwürdigen Hartz IV System. DIE LINKE bleibt als einzige im Bundestag vertretene Partei dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz - Weg damit!

Übrigens, bei unserer Forderung nach dem 500 Euro Regelsatz wird uns ja oft um die Ohren gehauen, dass dann die Friseurin, die beispielsweise in Thüringen für 3,18 Euro pro Stundearbeiten geht, real weniger hat, als die Hartz IV Empfängerin.

Gerade die neoliberale Sozialstaatsabbaupartei FDP macht das gerne und spielt so Menschen im Niedriglohnbereich gegen Erwerbslose aus. Die FDP sagt dann: Arbeit muss sich lohnen. Die Frage ist, für wen lohnt es sich? Sicherlich eben nicht für die Friseurin, die Vollzeit arbeiten geht und am Ende des Monats zur Arge gehen muss, um ihren Hungerlohn auf Hartz-IV-Niveau aufstocken zu lassen. Und auch lohnt es sich nicht für die anderen 1,5 Millionen Menschen, die trotz Vollzeitarbeit auf Hartz IV Niveau aufgestockt werden müssen. Es lohnt sich bestenfalls für den Arbeitgeber, der das menschenunwürdige Gehalt zahlt. Dass ist die asoziale Politik der FDP, die sie als sozial zu verkaufen versucht. Schöne Worte, schlechte Qualität, so machen es miese Händler.

Der Ansatz muss ein anderer sein angesichts von 6,5 Millionen Menschen die in Deutschland im Niedriglohnbereich schuften. Dumpinglöhne betreffen längst nicht nur die thüringische Friseurin. So verdient in NRW ein Wachmann teilweise nur 5 Euro und paar Zerquetschte die Stunde. Und für das Geld soll er für Sicherheit sorgen, sich Gefahren für seine körperliche Unversehrtheit aussetzen. Oder nehmen wir die Busfahrer die für private Busunternehmen in NRW fahren. Da gibt es Unternehmer, die zahlen nur 3,82 Euro Stundenlohn! Für diesen Lohn sollen sie beispielsweise Schulkinder durch die Gegend zu fahren. Sollen sie sicher von A nach B bringen. Aber sie sollen keinen Lohn kriegen, der für diese verantwortungsvolle Arbeit entschädigt. So was kann man eigentlich nicht mehr Lohn nennen. Im alten Rom haben Sklaven noch Kost und Logie von ihrem Herrn erhalten. Der Lohn, den der Busfahrer kriegt, reicht ohne Hartz IV Aufstockung

nicht mal dafür. Man kann so einen Unternehmer, der solche Löhne zahlt, eigentlich nur als modernen Sklavenhalter bezeichnen!

Es geht eben nicht darum, Hartz IV Betroffenen nicht mehr zu geben, um den Lohnabstand zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen zu sichern. Sondern es muss darum gehen, einhergehend mit einer deutlichen Regelsatzerhöhung auch endlich einen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro einzuführen! Das beendet dieses brutale Lohndumping! Bis heute sagen Parteien wie CDU und FDP „Nein“ zu einem solchen Mindestlohn. Und die SPD ist erst dafür, seit sie es nicht mehr durchsetzen muss – denn in der Zeit von rot-grün hätte sie einen Mindestlohn einführen können. Das Verhalten dieser Parteien bedeutet nichts anderes, als dass sie es in Kauf nehmen, dass Menschen für Hungerlöhne schufteln gehen müssen. Und auch hier gilt der Punkt Demokratie: 80 Prozent der Bevölkerung sind für einen Mindestlohn. Doch ihr Wille wird nicht umgesetzt. Wer in der Politik gegen einen Mindestlohn ist, ist letztlich nichts anderes als ein Lobbyist für moderne Sklavenhalterunternehmen und gehört weg von der politischen Bühne!

Die Umfragewerte gerade der FDP zeigen ja auch, dass die Leutegenug von dieser Koalition der Unfähigkeit haben. Wer für Niedriglöhne steht, der hat auch nichts anderes als Niedrigwerte bei Umfragen verdient. An dieser Stelle sind die Umfragewerte der FDP auch einen Applaus wert! Aber schließlich ist die FDP eine Partei für die Reichsten ein Prozent des Landes. Mehr dürfte sie eigentlich nicht bekommen. Wir werden weiter an dem Projekt „FDP unter fünf Prozent“ arbeiten.

Aber um nochmal zurück zu kommen auf das Thema moderne Sklaverei. Wer darüber redet, darf über Leiharbeit nicht schweigen. Hier wurden ja 2003 von SPD und Grünen mit der Aussage, die Leiharbeit aus der Schmutzlecke holen zu wollen, die Regelungen drastisch zulasten der Arbeitnehmer verändert. Dabei hat man sie allerdings so schmutzig gemacht, dass sie heute an Sklaverei erinnert! Denn Leiharbeiter können heute in Firmen dauerhaft eingesetzt werden und zwar nach dem Niedrig-Haustarif der Leiharbeitsfirma. Sie sind demnach billige Arbeitskräfte, die für Gehälter, die bis zu 70 Prozent unter dem der Stammebelegschaft liegen dieselbe Arbeit vollrichten. Dies erhöht den Druck auf die Stammebelegschaft und die dortigen besseren Tarifverträge. Wir brauchen endlich ein Verbot von Leiharbeit, um die Lohnabwärtsspirale zu beenden!

Was aber ein besonderer Skandal ist, ist das, wovon Frontal21 gestern berichtete. Wir kennen ja alle die christlichen Gewerkschaften, das sind diese Arbeitgeberverbände im Mäntelchen einer Arbeitnehmervertretung, die nun zum Glück nicht mehr tariffähig sind, die aber früher unter anderem mit Leiharbeitsfirmen Tarifverträge mit Stundenlöhnen von 4,81 Euro abschlossen! 4,81 Euro, verhandelt durch etwas, was sich Gewerkschaft nennt! Nun kommt raus: Die haben von den Leiharbeitsfirmen Mitglieder zugeführt bekommen. Wenn man als Arbeitnehmer einen Vertrag schloss bei der Leiharbeitsfirma, wurde einem die Mitgliedschaft in der christlichen Gewerkschaft untergejubelt und der Beitrag direkt versteckt vom Lohn abgezogen. Die Leute wussten nichts von ihrer Mitgliedschaft. Man kann den Deal so zusammenfassen: Die christlichen Gewerkschaften, also die Erfüllungsgehilfen der Sklavenhalterunternehmen, haben Niedriglohntarifverträge im Sinne der Arbeitgeber abgeschlossen und im Gegenzug Mitglieder durch die Leiharbeitsfirmen zugeführt bekommen. Das nennt man juristisch „gewerksmäßiger Betrug“ oder im verständlichen Deutsch: Mafiöse Machenschaften! Diese Ausbeutergewerkschaftsbosse gehören hinter schwedische Gardinen!

Aber wo ich schon bei Leiharbeit bin, bin ich auch schon bei der Sozialabbaupartei Nummer 1, die wollen wir ja nicht vergessen! Die Partei die also die Ausweitung der Leiharbeit erfunden hat, die Hartz IV geschaffen hat, die Partei, die die Steuern für Unternehmen massiv senkte, die SPD. Die sagt lustigerweise ja nun, sie hätte Verfassungsbedenken gegen den Hartz IV Deal. Hab ich da was verpasst? Erst stimmt sie dem Hartz IV Deal im Bundestag zu und danach sagt sie „war verfassungswidrig was wir getan haben“. Diese

Partei widerspricht sich also offen und versucht den Wählern sich als soziale Alternative anzubieten. So ist die SPD, eine Volks-Verdummungspartei. Und wenn Menschen chronisch vergessen was sie kurz vorher gemacht haben und nun das Gegenteil dessen behaupten ist das ein Anzeichen für Alzheimer. Ich wusste gar nicht, dass Parteien das auch haben können. Bei der SPD ist es aber offensichtlich der Fall. Keine Partei in Deutschland führt die Menschen so systematisch an der Nase rum wie die SPD, sei es im Bereich der sozialen Gerechtigkeit, sei es im Bereich Krieg und Frieden mit ihrem Windelweichkurs bei der Frage Afghanistanabzug. Wer denkt, die SPD sei das kleinere Übel der bestätigt die These, dass Alzheimer eine übertragbare Krankheit ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Demokratie ist also etwas, dass wir in Deutschland vergeblich suchen. Politik gegen die Interessen der Menschen, das ist die Realität. Dank dieser Politik nimmt die soziale Schieflage hierzulande immer weiter zu. Dass 2/3 der Bevölkerung gar kein Vermögen oder nur ein sehr geringes haben während 10 Prozent 2/3 des Vermögens in Deutschland besitzen, ist keine neue Erkenntnis, bleibt aber brandaktuell.

Auch die Bäckereifachverkäuferin, die jeden Morgen in der früh aufsteht und 40 Stunden die Woche arbeitet hat einen Anspruch auf einen guten Lohn, einen sicheren Arbeitsplatz und eine faire Besteuerung. Und die Menschen werden in diesem Land ja systematisch verarscht, wenn ihnen erzählt wird Steuersenkungen würden Gerechtigkeit schaffen. Denn wer hat was von Steuersenkungen? Die Bäckereifachverkäuferin bestimmt nicht. Die verdient wenn's gut läuft 1600 Euro brutto. Die zahlt in Steuerklasse 1 insgesamt 140 Euro Lohnsteuer. Selbst wenn man die Steuern um zehn Prozent senken würde, was völlig unrealistisch ist, hat die nur 14 Euro mehr im Monat. Toll, damit kann die aber ganz große Sprünge machen. Richtig doll die Konjunktur ankurbeln oder vielleicht direkt nen Urlaub dran hängen, wa? Also, von Steuersenkungen profitieren ausschließlich die Besserverdiener. Um Gerechtigkeit zu schaffen, müssen die starken Schultern wieder mehr tragen! Die Einführung einer Millionärssteuer, einer höheren Erbschaftssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, das wären Schritte, die für eine Einkommensumverteilung sorgen könnten.

Und man nimmt damit auch nichts ungerechtfertigt weg, den Satz den Brecht mal schrieb „Wär ich nicht so arm, wärst du nicht reich“ ist wahr, der Reichtum der Wenigen beruht eben auf der Armut der ganz Vielen. Wir brauchen endlich eine Politik die Gerechtigkeit und damit Demokratie schafft.

Wir als LINKE sind die einzige Partei, die konsequent nein zu Hartz IV sagt, die konsequent für soziale Gerechtigkeit kämpft und die Krieg ablehnt, weil Krieg keine Probleme löst, sondern Konflikte und Hass säht. Und deshalb, obwohl sämtliche Medien uns vor der Hamburgwahl runtergeschrieben haben, haben wir dort unser Ergebnis gehalten. Und wir werden auch in Baden Württemberg und Rheinland Pfalz in die Landtage einziehen. Wir werden das schlechte Gewissen der anderen Parteien sein. Wir werden ihre Lügen und ihren Betrug aufzeigen.

Guttenberg ist gegangen, doch dabei darf es nicht bleiben. Die ganze Bundesregierung muss gehen! In diesem Sinne ein herzliches Glück Auf!